

15334/AB**vom 26.09.2023 zu 15843/J (XXVII. GP)****bmk.gv.at**

= Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

An den
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2023-0.553.775

. September 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Bernhard, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. Juli 2023 unter der **Nr. 15843/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Moratorium zum Rohstoffabbau in der Tiefsee gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Welche Position vertritt Österreich bei den Gesprächen mit den restlichen EU-Mitgliedsstaaten bezüglich des Rohstoffabbaus in der Tiefsee?*
- *Sind vonseiten Österreichs weitere Schritte zur Unterstützung des Moratoriums und zum Schutz des Meeresboden geplant?*
 - a. *Falls ja: Welche Gespräche werden dazu im Rat für Umwelt geführt?*

Rohstoffe, insbesondere kritische Rohstoffe, werden häufig als essentielle Bestandteile bei Technologien eingesetzt, die für die Erreichung der Klimaziele und des digitalen Wandels benötigt werden. Die Sicherung der Versorgung mit diesen Rohstoffen ist daher eines der zentralen politischen Ziele der Europäischen Union.

Aufgrund der wissenschaftlichen Stellungnahmen, wie beispielsweise der Dachorganisation der europäischen Wissenschafts-Akademien (EASAC), wird jedoch davon ausgegangen, dass für die Erreichung der Klimaziele bzw. für den Ausbau Erneuerbarer Energien die Aufnahme des kommerziellen Tiefseebergbaus nicht zwingend notwendig und daher verzichtbar ist.

Die Wissenschaft warnt zudem eindringlich vor den negativen ökologischen Folgen des kommerziellen Tiefseebergbaus, wenngleich auch noch erhebliche Wissenslücken eingeräumt werden. So lange die Auswirkungen und Risiken des kommerziellen Tiefseebergbaus nicht

ausreichend erforscht sind und eine ernsthafte Schädigung der Umwelt nicht ausgeschlossen werden kann, sollte dieser aus Sicht meines Ministeriums nicht betrieben werden.

Das Thema Tiefseebergbau wurde seitens der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft (Spanien, 2. Halbjahr 2023) bisher nicht als Diskussions- oder Informationspunkt auf die Tagesordnungen des Umweltrates gesetzt und war auch kein Thema beim Umweltrat unter Schwedischem Vorsitz (1. Halbjahr 2023).

Zu Frage 3:

- *Wird Österreich bei der anstehenden ISA-Sitzung vom 30. Oktober bis zum 8. November 2023 teilnehmen?*
 - a. *Falls nein: Warum nicht?*

Ich erlaube mir auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage 15841/J – NR/2023 des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) zu verweisen.

Zu Frage 4:

- *Welche Position vertritt Österreich bei den Gesprächen mit den restlichen EU-Mitgliedsstaaten bezüglich des neuen Hochseeabkommens der Vereinten Nationen?*

Wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten auch, hat Österreich die Ausarbeitung eines Hochseeschutz-Übereinkommens stets befürwortet und unterstützt. Die rezente Annahme des Hochseeschutz-Übereinkommens stellt einen Meilenstein im Meeressumweltschutz dar.

Leonore Gewessler, BA